

AGGRESSION GEGEN BEAMTE



Beleidigung als Berufsrisiko

LESEKOMMENTAR VON INGA JANOVIĆ - AKTUALISIERT AM 23.02.2021 - 18:25



Die Studie zu Gewalterfahrungen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst schreckt auf. Die Rufe nach Strafverfolgung und deutlichen Urteilen reichen als Antwort darauf aber nicht aus.

Es sind aufschreckende Berichte, die Forscher um die Gießener **Kriminologin Britta Bannenberg für ihre jüngste Studie zu Gewalterfahrungen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zusammengetragen haben**. Sie zeigen, dass sich nicht nur anonyme Schreiber im Internet das Recht herausnehmen, ohne Skrupel zu beleidigen, zu verhöhnen und zu drohen. Diese Marktplätze der Rechthaber und Rücksichtslosen lassen sich wenigstens meiden. Wenn diese Klientel allerdings zu den Kunden am eigenen Arbeitsplatz gehört, wie es Sicherheitskräfte generell, nun aber auch Gerichtsvollzieher und Mitarbeiter in Jobcentern und Arbeitsämtern geschildert haben, dann gibt es kein Entkommen.



F+ FAZ.NET komplett

Vertrauen Sie auf unsere fundierte Corona-Berichterstattung und sichern Sie sich 30 Tage freien Zugriff auf FAZ.NET.

JETZT F+ KOSTENLOS SICHERN

Die Beamten und Angestellten, die im Dienste des Staates, also letztlich in unser aller Auftrag tätig sind, müssen die Schimpftiraden, frauenverachtenden Sprüche oder sogar Schläge und Morddrohungen über sich ergehen lassen. Berufsrisiko eben.

So jedenfalls muss es den Betroffenen vorkommen, wenn sie Arbeitstage ohne Beleidigungen schon gar nicht mehr kennen und sogar ihre eigenen Vorgesetzten den groben Worten, Erpressungsversuchen oder eben Drohungen

gegenüber ihren Kollegen kaum noch Bedeutung beimessen, sich nur selten dafür einsetzen, dass Mitarbeiter vor auffälligen Klienten gewarnt werden, eventuelle Vorfälle zur Anzeige kommen.

Fortschritte minimal

Was wirklich in Amtsstuben und auf Ortsterminen geschehe, stehe in keiner amtlichen Statistik, kritisiert der Deutsche Beamtenbund Hessen. Er hat bereits mehrere Studien zum Thema angestoßen, weil er nach eigener Aussage den Eindruck hat, die Arbeitgeber selbst – Minister und Behördenleiter – wollten das Ausmaß an Aggression und Gewalterfahrungen im öffentlichen Dienst gar nicht so genau kennen.

Selbst dort, wo sich der Anstieg an Aggression nicht mehr leugnen lasse, etwa in den Sicherheitsbehörden, seien die Fortschritte zum Schutz der Mitarbeiter minimal, beklagen die Interessenvertreter der Beamten. Dabei, auch das steht in der Bannenberg-Studie, gibt es technische und organisatorische Maßnahmen, mit denen sich die Arbeitsbedingungen verbessern ließen.

← 1/2 →
MEHR ZUM THEMA



GEWALT IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Pöbeleien und Drohungen sind längst Alltag



AMOKTÄTER UND EXTREMISTEN

„Sie wollen mit der Tat unsterblich werden“



DEBATTE IN LONDON

Kokaintests auf dem W. Büro?

Als Antwort auf die Studie kommen aber zuerst die Rufe nach Strafverfolgung und nach deutlichen Urteilen. Die braucht es, der Staat muss sich wehrhaft zeigen. Eine Antwort darauf, wie sich der gesellschaftliche Umgang auf einen manierlichen Ton umstellen lässt, ist eine solche Verschärfung allerdings nicht.



Inga Janović

Wirtschaftsredakteurin in der Rhein-Main-Zeitung.

FOLGEN



ZUR AUTORENSEITE